

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Sport und Ehrenamt (5. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Lars Schieske, Jörn König, Thomas Korell,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/2041 –**

**Deutsche Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2038
auf den Weg bringen**

A. Problem

Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD macht deutlich, dass aus ihrer Sicht München die einzige Stadt in Deutschland sei, die für eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Winterspiele in Frage komme. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland seit den Olympischen Sommerspielen in München 1972 keine Olympischen und Paralympischen Spiele mehr ausgerichtet worden seien, biete der Großraum München den Vorteil, dass fast alle notwendigen Olympiaanlagen vorhanden seien. Deutschland habe sich seit den Spielen von 1972 sechsmal um die Ausrichtung Olympischer Winter- und Sommerspiele beworben, alle Bewerbungen seien erfolglos verlaufen. Eine Bewerbung um Winterspiele sei wesentlich aussichtsreicher und müsse nicht zu einer Einstellung der Bemühungen für eine mögliche Bewerbung um Sommerspiele führen. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das bislang für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat bzw. die nun dafür verantwortlich zeichnende Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt seien allerdings zu zögerlich, eine deutsche Bewerbung auf den Weg zu bringen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/2041 abzulehnen.

Berlin, den 15. Oktober 2025

Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Aydan Özoguz
Vorsitzende

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Lars Schieske
Berichterstatter

Bettina Lugk
Berichterstatterin

Tina Winklmann
Berichterstatterin

Christian Görke
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Artur Auernhammer, Lars Schieske, Bettina Lugk, Tina Winklmann und Christian Görke**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 21/2041** in seiner 31. Sitzung am 9. Oktober 2025 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Sport und Ehrenamt und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD sieht Deutschland am Zug und in der Lage, in näherer Zukunft Ausrichter Olympischer und Paralympischer Spiele zu werden und favorisiert aus Gründen der Erfolgschancen zunächst eine Bewerbung um Winterspiele, ohne jedoch das Interesse an Sommerspielen aus den Augen zu verlieren. München sei die einzige deutsche Stadt, die als Kandidat für eine deutsche Bewerbung um Olympische und Paralympische Winterspiele geeignet ins Rennen gehen könne. Die Bundesregierung, insbesondere die für den Sport zuständige Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt, soll daher aufgefordert werden, gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Stadt München eine Bewerbung vorzubereiten und die Vorteile Münchens gegenüber dem IOC zu kommunizieren. Die Bewerbung solle insbesondere den nachhaltigen Nutzen für München und die Region darstellen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/2041 in seiner 19. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat den Antrag auf Drucksache 21/2041 in seiner 10. Sitzung am 15. Oktober 2025 beraten. Als Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag ab, da er das aktuell laufende deutsche Bewerbungsverfahren beschädige. Plötzlich und quasi aus dem Nichts eine Bewerbung um Winterspiele anzustoßen, gefährde international die Seriosität einer deutschen Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele. Daher diene der Antrag nicht den Chancen für Olympia in Deutschland, sondern habe das Potenzial, diesen nachhaltig zu schaden. Zu verweisen sei in diesem Zusammenhang auch auf ein Zitat des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter, der „keine Chance für Winterspiele in München (sieht). Genau da funktioniert das mit der Nachhaltigkeit nur schwer. Wenn, dann Sommerspiele.“ (<https://www.merkur.de/sport/mehr-sport/olympische-spiele-muenchen-oberbuergermeister-dieter-reiter-klare-meinung-92389850.html>). Der Antrag richte sich damit klar gegen die Auffassung der politisch Verantwortlichen in München.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie fordere die Bundesregierung auf, eine Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 mit München als zentraler Ausrichterstadt voranzutreiben. München sei die einzige geeignete deutsche Stadt für Winterspiele, mit vorhandenen Anlagen, kurzen Wegen und geringem Neubaubedarf. Vorarbeiten aus 2018/2022 und positive Erfahrungen von den European Championships 2022 zeigten die Machbarkeit. Deutschland habe seit 1972 keine Olympischen Spiele mehr ausgerichtet. Im Vergleich zu anderen G7-Staaten sei keine der großen Sport- und Wirtschaftsnationen so lange nicht

mehr Ausrichter gewesen. Auf internationaler Ebene zeichne sich für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036 und 2040 eine deutliche Tendenz ab, diese Spiele nach Asien und Afrika zu vergeben. Daher sei die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele wesentlich aussichtsreicher und erfolgversprechender als die bislang ohnehin zögerliche und schwerfällige Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele. Schon bei der Vergabe der Winterspiele 2030 habe Deutschland die Chance auf die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele verpasst. Das IOC habe die Vergabe der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2030 und 2034 bis zum letztmöglichen Termin im Sommer 2024 offen gehalten. Von vielen Beobachtern sei das Zögern so gedeutet worden, dass das IOC förmlich auf eine deutsche Bewerbung gewartet habe. Am Ende seien die Winterspiele 2030 an den einzigen verbliebenen Bewerber Frankreich vergeben worden. Nichtsdestotrotz könnten und sollten die Bemühungen um eine Bewerbung für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele parallel dazu fortgeführt werden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass der Antrag der AfD grundlegende Zuständigkeiten verkenne. Die AfD fordere die Bundesregierung auf, eine Bewerbung für das Jahr 2038 einzureichen, obwohl Bewerbungen für Olympische und Paralympische Spiele ausschließlich durch den Deutschen Olympischen Sportbund erfolgten. Dies ergebe sich aus der gewachsenen Autonomie des Sports und der klaren Trennung von staatlicher Verantwortung und sportlicher Selbstverwaltung. Der Antrag zeige daher einen Mangel an Sachkenntnis. Vor diesem Hintergrund lehnte die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass eine Bewerbung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) bereits von der Vorgängerregierung und somit mit grüner Regierungsbeteiligung unterstützt worden sei. Die antragstellende Fraktion missachte, dass es sich bei der aktuellen Bewerbungsabsicht des DOSB um Olympische Sommerspiele und Paralympics und nicht um Winterspiele handele. Daher könne man konstatieren, dass der vorliegende Antrag nicht den Diskussionsstand in den Sportverbänden widerspiele. Im vorliegenden Antrag vermisste man darüber hinaus Vorschläge, wie mit den gravierenden Auswirkungen des Klimawandels auf den Wintersport, im Breiten- und Spitzensport, umzugehen sei. Die Ablehnung des Antrages sei daher folgerichtig.

Die **Fraktion Die Linke** erläuterte, dass eine isolierte Festlegung auf München als einzigen Austragungsort dem Anspruch eines transparenten und offenen Auswahlverfahrens widerspreche. Zudem seien Fragen der Nachhaltigkeit, Akzeptanz in der Bevölkerung und Kostenverteilung ungeklärt. Eine nationale Bewerbung könne nur auf breiter Grundlage und in Abstimmung mit allen relevanten Akteuren erfolgen. Daher werde der Antrag abgelehnt.

Berlin, den 15. Oktober 2025

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Lars Schieske
Berichterstatter

Bettina Lugk
Berichterstatterin

Tina Winklmann
Berichterstatterin

Christian Görke
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.